

6. X. 1915

Der Bürgermeister über die Approvisionierung Wiens.

In einer zahlreich besuchten Versammlung des 9. Bezirkes hielt Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Rede, in der er u. a. sagte:

Mit Bewunderung und Stolz muß ich auf die Wiener Bevölkerung blicken, welche alle Bedrängnisse und alle Not des Krieges mit Geduld, mit Hingebung und Opferwilligkeit getragen hat. Auch unser Kaiser hat wiederholt bei den Audienzen, die ich bei ihm hatte, erklärt, er blicke stolz auf die Wiener Bevölkerung, die sich solcher bewundernswerter Hingebung und Opferwilligkeit befleißige. (Lebhafter Beifall.)

In diesem Kriegsjahre sind aber auch an die Gemeinde neue, ungeahnte Aufgaben herangetreten, welche an die Verwaltung die größten Anforderungen stellen. Wien und Wiens Bürgerschaft haben ihre Pflicht im ersten Kriegsjahre nach jeder Richtung resülos erfüllt (Beifall). Aber man muß auch den Wirkungskreis der Gemeinde und ihre Machtmittel berücksichtigen. In der Bevölkerung wird sehr häufig gemeint, das Rathaus kann alles machen, und infolge dessen wird auch das Rathaus für alles verantwortlich gemacht. Wir sind uns der Verantwortung gegenüber der Bevölkerung bewusst, aber wir können doch nicht für etwas verantwortlich gemacht werden, was nicht in unserem Machtbereich liegt. Es ist ganz merkwürdig, während die Zensur sorgfältig alles zu weihen Flecken macht, was irgendwie nur als ein Borwurf gegen die Regierung gemacht werden könnte, ist vor der Zensur das Rathaus schutz- und wehrlos. (Stürmische Zustimmung.)

Ich bin für die volle Freiheit der Presse, aber die Presse soll die Wahrheit sagen. In diesen schweren, aufgeregten Zeiten soll die Presse nicht jede Notiz, die ihr von dummen oder böswilligen Leuten zugetragen wird, ohne jede Kontrolle bringen. Bürgermeister, Vizebürgermeister und die Oberbeamten des Magistrats sind jederzeit bereit, Auskunft zu geben, und es ist daher der Presse anheimgestellt, die ihr zukommenden Mitteilungen prüfen zu lassen. Aber unkontrollierbare Nachrichten bringen, ist entweder Sensationshascherei oder Bosheit.

Wien ist der größte Konsumort der Monarchie mit mehr als zwei Millionen Einwohnern; unsere Bevölkerungszahl ist im Kriege nicht verringert worden. Wir haben eine Viertel-million galizische Flüchtlinge erhalten, wir besitzen eine größere

Garnison als im Frieden und haben Tausende von Verwundeten in den Spitalern. Wir haben an Konsumenten zugenommen. Was Wien produziert im 21. Bezirk und etwa in einigen Peripheriebezirken, ist ein kleiner Bruchteil für das Konsumbedürfnis der Zweimillionenstadt. Man wirft der Gemeinde vor, daß kleinere Städte besser versorgt sind als Wien. Ja, wenn ich der Bürgermeister einer kleinen Stadt mit agrarischer Umgebung bin, dann hat die Sache ein anderes Gesicht. Sind die Zufuhren nach Wien gleich geblieben denen in Friedenszeiten? Es wurde gesagt, Deutschland hat ganz Belgien, einen großen Teil Frankreichs, die Ressourcen der reichsten Länder der Erde. Was haben wir? Ein verwüstetes Galizien. Dabei haben wir Mangel an Fuhrwerk und Personal, weiter die Transportchwierigkeiten auf den Bahnen. Das sind Zustände, welche die ganze Bevölkerung würdigen muß. In Friedenszeiten hat Galizien uns jährlich an Schweinen 546.680, die Bukowina 23.146 Stück geliefert, das sind zusammen 569.826 Schweine. Und jetzt ist nicht ein Schweinefleisch von einem Schwein aus diesen Ländern nach Wien gekommen. (Heiterkeit.) Jetzt überlegen Sie, woher der Bürgermeister über eine halbe Million Schweine nehmen soll. Einige verlangen von mir, ich soll Höchstpreise festsetzen. Gut, setze ich Höchstpreise, die so hoch stehen, daß die ungarischen Händler liefern, dann beschimpfen mich die Wiener Konsumenten; setze ich sie niedrig an, dann liefert kein Ungar nach Wien. In dieser Beziehung ist Wien heute vollständig von Ungarn abhängig. Ich kann für Ungarn keine Höchstpreise festsetzen, die österreichische Regierung auch nicht. Die Relation zwischen dem Budapester und dem Wiener Markt ist die, daß die Wiener Preise natürlich den Budapester Preisen folgen. Es wurde mir gemeldet, daß in Budapest wieder die Preise für Schweinefleisch und Fett gestiegen seien. Im Großhandel kostet in Budapest das Schweinefleisch 10 Kronen. (Lebhafte Entrüstungsruufe.) Ich habe sogleich an den Bürgermeister von Budapest Dr. Barczay telegraphiert, er möge bei seiner Regierung Schritte unternehmen, um dieser Preistreibeerei ein Ende zu bereiten. Er entsprach auch meiner Bitte. Ich habe mich auch an unsere Regierung gewendet mit der Bitte, alle Mittel im Vereine mit der ungarischen Regierung anzuwenden, um Abhilfe zu schaffen.

Woraus läßt sich die Teuerung und die Knappheit an Gemüse und Obst erklären? Nach der Statistik daraus, daß so viele Leute bei der Fleischknappheit und Teuerung Vegetarianer geworden sind und nach Gemüse und Obst natürlicher größere Nachfrage besteht als im Jahre 1913. Daß die Bevölkerung statt der Fleischnahrung vegetabilische Nahrung zu sich nimmt, schadet ihr gewiß nicht, denn gesünder sind die Wiener geworden.

Die Gemeindeverwaltung Wiens hat nicht die gesetzliche Pflicht, Mehl, Hülsenfrüchte, Petroleum, Kaffee und Zucker zu besorgen. Die Verhältnisse haben es mit sich gebracht. Die Gemeinde Wien hat ohne gesetzliche Verpflichtung in ihrem Bereiche ihr Möglichstes getan, was sie für die Bevölkerung als nützlich erachtet hat.

Eine ernste Sorge des Bürgermeisters ist die Beschaffung von Futtermitteln. Die Wiener Milchweier haben an Futtermitteln Not gelitten und die Bemühungen der Gemeinde Wien haben es ermöglicht, daß Wien noch heute einen guten Viehstand von zirka 7000 Kühen hat. In einem amtlichen Bericht, den die Futtermittelzentrale herausgegeben hat, stand zu lesen: Mais, Hafer und Gerste sind bis auf weiteres nicht zu haben, an Ariele per Stück und Monat anderthalb Kilogramm. (Heiterkeit.) Versetzen Sie sich in die Rolle des Wiener Bürgermeisters, in dessen Gemeindegebiet 26.000 Pferde und 7000 Muzkühe sich befinden. Mit allem Aufwand ist es möglich, Surrogate zu beschaffen, damit der Viehstand erhalten bleibt. Es ist so weit, daß man förmlich von Woche zu Woche bangen muß, ob die nötigen Futtermittel beschafft werden können.

Was die Kartoffelfrage betrifft, so wissen Sie, daß die haltbaren Kartoffel erst im Oktober zweckmäßig zu beschaffen sind. Die Gemeinde Wien hat durch Schlässe sich die nötige Menge beschafft. Als Ende September auf dem Markte sich eine Knappheit an Kartoffeln zeigte, da brachte die Gemeinde Wien Kartoffel, die 13 und 14 Kronen per Meterzentner kosteten, auf den Markt. Doch eines Tages kam die Verordnung, wonach die Regierung die Höchstpreise für Kartoffel mit 8 Kronen per Meterzentner festgesetzt hatte. Nun wurden die Kartoffel der Gemeinde Wien mit soundsoviel tausend Kronen Schaden verkauft, woran nichts gelegen ist, die Bevölkerung hat Kartoffeln, die Gemeinde kann Opfer bringen. Die Höchstpreisverordnung, die sich auf ganz Oesterreich erstreckt, bezieht sich nicht auf Ungarn; Wien bezieht aber tausende von Meterzentnern aus Ungarn; wie diese Kartoffeln zu erhalten sind, ist ein Rätsel, das lediglich auf Kosten der Gemeinde Wien gelöst werden kann. Als ich in Anwesenheit von Vertretern der Obmännerkonferenz dem Ackerbauminister die Folgen dieser Verordnung vor Augen führte, da sagte er: Herr Bürgermeister, Sie verlangen also eine Erhöhung der Höchstpreise? Worauf ich entgegnete: O nein. Ich fordere, daß die Regierung mir 6000 Waggons Kartoffel zu den von mir selbst festgesetzten Höchstpreisen liefere. (Großer Beifall.) Sie hat es aber noch nicht getan.

Der Bürgermeister hat kein Requisitionsrecht außerhalb Wiens. Was Kartoffeln betrifft, ist er angewiesen auf Böhmen, Mähren, Niederösterreich und Ungarn. Was nützt es, Höchstpreise zu besitzen, wenn man nicht die Verfügung über die nötige Warenquantität besitzt. Es ist eine Pflicht der Regierung, durch ihre Verfügungen in Böhmen und Mähren der Stadt Wien jene Mengen Kartoffeln zu sichern, die die Bevölkerung braucht. Ich erkläre nochmals: In einer Zeit, in der die Fleischpreise unerschwinglich, Hülsenfrüchte nicht zu haben sind, die Regierung es ablehnt, die Erhöhung der Brottration vorzunehmen, ist die Kartoffel noch das letzte Volksmittel. Es ist die Pflicht der Regierung, alles anzubieten, um den Bürgermeister von Wien zu unterstützen, damit die Approvisionierung von Erfolg begleitet sei. (Lebhafter Beifall.)

Der Bürgermeister sagte dann, die Gemeinde Wien habe auch alles getan, daß im Winter in Wien keine Kohlennot sein werde. Was die Milchfrage anbelangt, möchte ich mit der Einführung der Milchkarte zuwarten. Wichtig ist,